

P R e s s e

S P i e g e l

Polen - Pressespiegel 24/2023 vom 15.06.2023

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *„Lex Tusk“. Europäische Kommission leitet Dringlichkeitsverfahren wegen Rechtsbruchs ein*
- *Was sagen Flüchtlinge über das Lernen in einer polnischen Schule? „Ich wünsche niemandem einen solchen Stress“*
- *Jarosław Kurski nach dem Marsch am 4. Juni: Für den Sieg!*
- *Toruń und Göttingen: gute Zusammenarbeit in schwierigen Zeiten*
- *Wie wäre es, wenn wir einfach noch weitergehen und Föten des Muttermordes bezichtigen?*
- *Donald Tusk: Ich denke bei diesem Spiel nicht an Vergeltung. Für mich wird das Wort „Politik“ zum Synonym für das Wort „Sorge“*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

„Lex Tusk“. Europäische Kommission leitet Dringlichkeitsverfahren wegen Rechtsbruchs ein



Quelle: wyborcza.pl

Brüssel kann Polen nur drei Wochen Zeit zur Wiedergutmachung geben. Und fünf Fraktionen des Europäischen Parlaments fordern eine umfassende OSZE-Beobachtungsmission zu den polnischen Wahlen.

Korrespondenz aus Brüssel.

Die Europäische Kommission hat auf ihrer Sitzung am Mittwoch beschlossen, eine weitere Untersuchung zur Rechtsstaatlichkeit in Polen einzuleiten.

„Wir haben die Situation in Polen erörtert und die Kommission ist übereingekommen, ein Verfahren wegen der Verletzung von EU-Regeln einzuleiten, indem sie ein ‚Aufforderungsschreiben‘ in Verbindung mit dem neuen Gesetz über die staatliche Kommission zur Untersuchung russischer Einflüsse versendet“, teilte Valdis Dombrovskis, der stellvertretende Sprecher der Kommission, mit.

Das ‚Aufforderungsschreiben‘ ist die erste Stufe eines EU-Verfahrens, das letztlich zu einer weiteren Klage gegen Polen vor dem EU-Gerichtshof und zu finanziellen Sanktionen führen könnte.

Nur drei Wochen für die Korrektur?

Die EU-Länder haben in der Regel zwei Monate Zeit, um auf das ‚Aufforderungsschreiben‘ der Kommission zu reagieren und im Idealfall die festgestellten Mängel zu beheben. Im Fall von „Lex Tusk“ soll die Frist jedoch viel kürzer sein.

„Die Frist für eine Antwort wird kurz sein. Ein paar Wochen, denn die Angelegenheit ist wirklich dringend und wir wollen handeln, bevor der Verstoß das Ergebnis der kommenden Wahlen beeinflussen könnte“, erklärt unser Gesprächspartner bei der Europäischen Kommission.

Die Einzelheiten werden morgen festgelegt, aber nach einem vorläufigen Entwurf, den der Juristische Dienst der Kommission heute ausgearbeitet hat, haben die polnischen Behörden nur drei Wochen Zeit, um auf die ‚Aufforderungsschreiben‘ der Kommission zur „Lex Tusk“ zu reagieren.

„Dieses neue Gesetz gibt Anlass zu ernststen Bedenken hinsichtlich seiner Vereinbarkeit mit dem EU-Recht, da es einer Verwaltungsbehörde erhebliche Befugnisse einräumt, die dazu genutzt werden können, Menschen von öffentlichen Ämtern auszuschließen und somit ihre Rechte einzuschränken“, erklärte Didier Reynders, EU-Justizkommissar, während einer Debatte im Europäischen Parlament.

Abgeordnete wollen eine spezielle Wahlbeobachtungsmission

Die Vorsitzenden der fünf größten Fraktionen des Europäischen Parlaments haben heute einen gemeinsamen Appell an die OSZE unterzeichnet, eine umfassende Wahlbeobachtungsmission während der Parlamentswahlen im Herbst in Polen durchzuführen. Als einen der Hauptgründe führen sie die jüngste Verabschiedung der „Lex Tusk“ an.

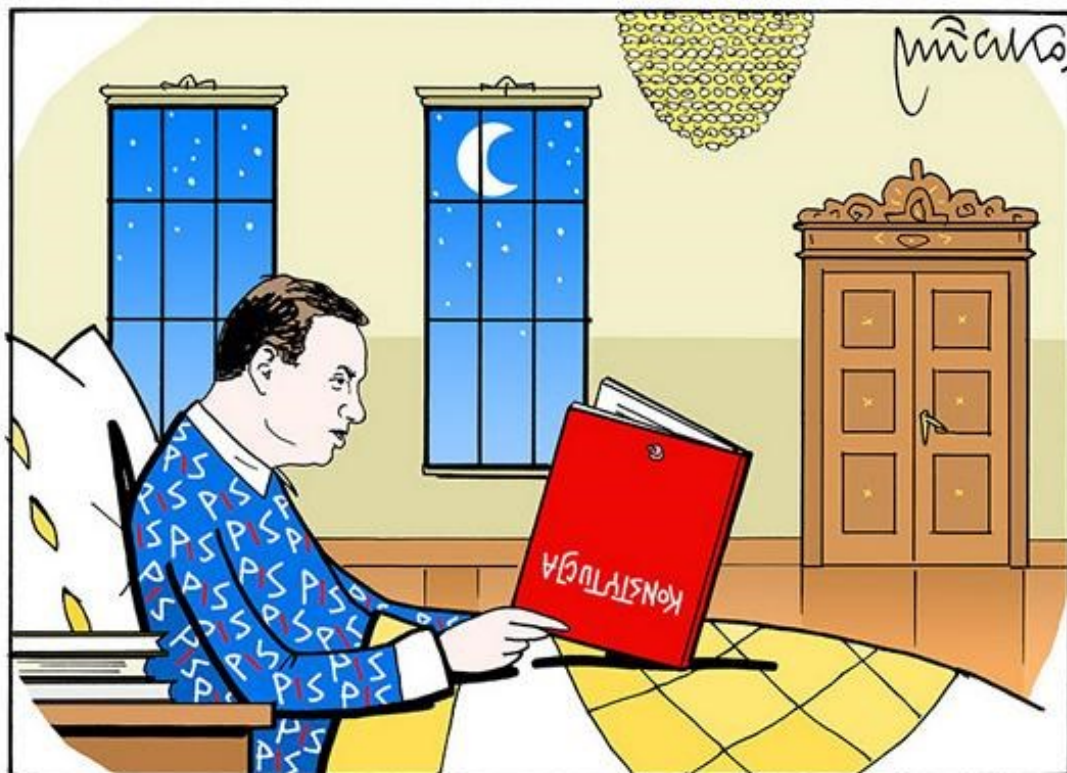
„Die polnische Regierungspartei hat einen Gesetzentwurf zur Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der russischen Einflussnahme eingebracht. Es ist zu befürchten, dass dieses Gesetz vor allem dazu benutzt wird, die Mitglieder der Opposition daran zu hindern, im Falle eines Wahlsiegs ein Amt zu übernehmen, da es ein Verbot für die Ausübung öffentlicher Ämter im Zusammenhang mit der Verteilung öffentlicher Gelder für bis zu zehn Jahre vorsieht“, heißt es in dem Schreiben der Europaabgeordneten. In dem Schreiben werden auch andere Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit aufgeführt, die die Fairness der polnischen Wahlen gefährden.

„Demokratie und Rechtsstaatlichkeit werden in Polen von der eigenen Regierung angegriffen, und die Situation wird immer schlimmer. Die Wahlen in diesem Jahr müssen frei und fair sein. Wir glauben, dass die OSZE eine wichtige Rolle bei der Überwachung des Wahlprozesses durch eine umfassende Mission spielen muss. Die polnischen Bürger sind EU-Bürger und haben freie und demokratische Wahlen verdient!“, erklärte Stéphane Séjourné, Fraktionsvorsitzender von Renew Europe und Mitglied der Partei von Emmanuel Macron, heute. Initiator des Appells der Europaabgeordneten an die OSZE war der Club der Grünen.

„Die Tatsache, dass die anderen großen Fraktionen im Europäischen Parlament die Idee unserer Fraktion unterstützt haben, zeigt, dass es einen starken politischen Willen im gesamten Spektrum des Europaparlaments gibt. Das Parlament ist sich einig in der Forderung nach einer unabhängigen Überwachung des Wahlprozesses und einer Wahlbeobachtung, um eine unabhängige Bewertung des freien und fairen Charakters dieser Wahlen zu ermöglichen“, kommentierte Terry Reintke, Ko-Vorsitzende der Grünen.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75399,29847484,lex-tusk-komisja-europejska-wszczyna-pilne-postepowanie-przeciwnaruszeniowe.html#S.MT-K.C-B.1-L.1.duzy>



www.mleczko.pl

Вунссрједл
verfassung

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:
<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Was sagen Flüchtlinge über das Lernen in einer polnischen Schule? „Ich wünsche niemandem einen solchen Stress“



Quelle: wyborcza.pl

In Polen gibt es über 78 000 Kinder und Jugendliche mit Migrationserfahrung. Nur etwa 47 000 haben einen befristeten Aufenthaltsstatus, und noch weniger, nämlich 17 700, haben einen dauerhaften Aufenthaltsstatus. Flüchtlingskinder wissen oft nicht, warum sie in Polen leben. Ihre Eltern haben es so entschieden, antworten am häufigsten auf diese Frage.

Sie gehen auf eine polnische Schule, wo sie es oft nicht leicht haben. Es mangelt an interkulturellen Assistenten und Lehrbüchern. Den Lehrern fehlt es oft an Wissen, wie man Polnisch als Fremdsprache unterrichtet. Wie finden sich die Kinder in dieser Situation zurecht? Wir fragen Jugendliche aus der vietnamesischen Minderheit danach.

Linh und Hien: Wir würden es vorziehen, mit Gleichaltrigen zu lernen

Der zwölfjährige Linh besuchte in Vietnam die fünfte Klasse. Seine elfjährige Schwester Hien - die vierte. Sie kamen vor sechs Monaten mit ihren Eltern nach Polen. Die Schulleitung meldete sie in der zweiten Klasse an, weil „sie sonst mit der polnischen Sprache nicht zurechtkommen würden“. Sie wissen nicht, in welche Klasse sie ab September kommen werden. Wie kommen sie zurecht?

„Die Stühle sind zu klein, aber das ist nicht das Problem“, sagt Hien. „In Vietnam mussten wir viel arbeiten, lernen und Hausaufgaben machen, während es in Polen viel weniger ist“, fügt sie hinzu. Und sie weist darauf hin, dass sie lieber mit Gleichaltrigen lernen würden.

Linh erinnert sich, dass der schwierigste Teil der Anfang war: „Wir haben lange gewartet, um uns anzumelden und in die Schule zu kommen“, sagt er. „Und die Sprache war völlig anders, wir mussten raten, was jemand sagte“, fügt er hinzu.

Die Kinder betonen, dass sie in der Schule zusätzlichen Polnischunterricht haben. „Die Lehrerin gibt sich sehr viel Mühe, und wir tun es auch. Aber wir verstehen trotzdem nicht alles. Viele Vokabeln sind unverständlich, es gibt niemanden, der sie uns erklärt, wir müssen raten, was jemand sagt oder was geschrieben oder uns aufgegeben wird“, sagt Linh.

„Meine größte Angst ist, dass ich etwas nicht verstehe und nicht mit den Kindern spielen oder etwas gemeinsam mit ihnen machen kann“, fügt Hien hinzu. „Im Unterricht raten wir auch, was die Anweisungen sind, aber wir schaffen es. Ich mag Polnisch, Mathe, Kunst, Musik und Schwimmen am liebsten, wir mögen unsere Lehrerin und auch die andere Lehrerin ist nett zu uns.“

Linda: Ich hatte mehr Freunde in Vietnam

Die sechzehnjährige Linda ist seit über einem Jahr in Polen. Zurzeit macht sie ihre Prüfungen für die achte Klasse. Wäre sie in Vietnam geblieben, hätte sie dieses Jahr das zweite Jahr des Gymnasiums besucht.

„Polnisch ist eine sehr schwierige Sprache mit vielen unverständlichen Regeln, die man auch leicht verwechseln kann. Ich lerne, und ich muss immer noch sehr vorsichtig sein, was ich sage. Es ist unmöglich, locker zu sprechen, man muss auf jedes Wort achten“, sagt sie. Sie betont, dass sie die polnische Schule mag. „Sie ist hilfreich, ich bekomme viel Freundlichkeit von den Lehrern, sie helfen oft oder versuchen zu helfen, wenn sie sehen, dass ich etwas nicht verstehe. Sie geben Hinweise. Obwohl ich nicht alles verstehe, bin ich froh, dass sie wissen, dass ich es will, aber meistens verstehe ich es nicht. Ich habe auch zusätzlichen Polnischunterricht, der individuell für neue Schüler wie mich erteilt wird“, sagt Linda und fügt hinzu: „Am Anfang war ich besorgt, ob die Kinder nett zu mir sein würden, aber jetzt habe ich keine Sorgen mehr, alle sind freundlich. Es macht mich manchmal traurig, wenn die Klasse etwas gemeinsam oder als Team macht und ich am Rande stehe, weil ich es nicht verstehe und nicht an einem Projekt oder einem Spiel mit der Gruppe oder der Klasse teilnehmen kann.“

Linda vermisst ihre vietnamesischen Freunde. „In Vietnam hatte ich mehr von ihnen. Mir ist auch aufgefallen, dass die polnischen Klassen klein sind. In Vietnam gibt es doppelt so viele Schüler pro Klasse, deshalb haben wir mehr Freunde, in den Pausen ist viel los“, erinnert sie sich.

Tran: Ich wünsche niemandem einen solchen Stress

Der elfjährige Tran ist seit einem Jahr in Polen. Sie geht in die fünfte Klasse. In Vietnam wäre sie in der sechsten. Sie stellt fest, dass es in Polen viel mehr schulfreie Tage gibt, um verschiedene Feiertage zu feiern. „In Vietnam hatten wir nicht so viele freie Tage. Hier finde ich Naturwissenschaften schwer und kompliziert, nur Mathe läuft gut für mich und die anderen Fächer sind schwierig oder sehr schwierig“, schätzt sie ein.

Tran gibt zu, dass sie aufgrund ihrer Unkenntnis der polnischen Sprache viel Druck verspürt. „Ich fühlte mich schlecht, weil ich nichts von dem verstand, was die Lehrer und Mitschüler sagten“, sagt sie. „Nach zwei Wochen in der Schule wurden zusätzliche Polnischstunden für mich organisiert. Ich nehme sie immer in Anspruch. Ich weiß, dass er speziell für mich organisiert wird. Ich erhalte ihn kostenlos, wofür ich sehr dankbar bin“, betont sie.

Tran möchte, dass die weiteren Kinder, die nach Polen kommen, nicht so einen Schock erleben, weil sie kein Polnisch können. „Damit sie schon vorher wissen, wie schwierig Polnisch ist und wie sehr es sich von allen Sprachen unterscheidet, die wir vorher kannten. Den Stress, den ich erlebt habe, wünsche ich niemandem“, sagt sie. „Jetzt, wo ich schon eine Weile in Polen lerne, habe ich mich an die Schwierigkeiten gewöhnt und sie erscheinen mir überschaubar. Am Anfang war es anders“, fügt sie hinzu.

Die Gespräche führte Ton Van Ahn, eine vietnamesische Journalistin, Übersetzerin und Schauspielerin sowie Kulturassistentin an einer Schule bei Warschau. Aktivistin der vietnamesischen demokratischen

Opposition. Autorin eines Kinderreiseführers über Vietnam und eines Lehrbuchs über Polnisch als Fremdsprache.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75398,29793001,co-mowia-dzieci-uchodzcie-o-nauce-w-polskiej-szkole-nie-zycze.html>

Jarosław Kurski nach dem Marsch am 4. Juni: Für den Sieg!



Quelle: wyborcza.pl

Von **Jarosław Kurski** - geschäftsführender Chefredakteur der Gazeta Wyborcza

Der Marsch am 4. Juni ist auch ein Signal an die Politiker der demokratischen Opposition. Seht, welche Kraft in unserer Gemeinschaft steckt. Wir müssen diesen Weg nur gemeinsam gehen. Wenn wir uns spalten lassen, wird uns die Geschichte nicht verzeihen.

Der Marsch am 4. Juni in Warschau war ein großer Erfolg für die demokratische Opposition. Den Behörden wurde signalisiert, dass die polnische Gesellschaft kategorisch Veränderungen fordert. Dass sie nicht damit einverstanden ist, dass Polen weiter nach Osten abdriftet, in Richtung Satrapie, in Richtung Autokratie. Dass sie will, dass Polen in die europäische demokratische Gemeinschaft zurückkehrt.

Ein freudiger Marsch der wütenden Menschen

Es war die größte Demonstration in der Geschichte des modernen Polens. Schätzungen zufolge marschierten bis zu einer halben Million Menschen durch die Warschauer Innenstadt, die seit dem Morgen mit Bussen oder Zügen in die Hauptstadt gekommen waren. Die Teilnehmerzahl übertraf die Erwartungen der Organisatoren, und die Menge strömte in die Hauptstraßen der Stadt. Eine Gruppe von Wyborcza-Journalisten stand zwei Stunden lang auf dem *Plac Na Rozdrożu*. Es waren so viele Menschen, dass wir uns nicht bewegen konnten. Als wir es doch taten, erreichte die Spitze des Marsches nur den Präsidentenpalast. Niemand beklagte sich über das Gedränge und die grelle Sonne. Denn es war ein

fröhlicher Marsch, ein Marsch der Gratulanten. Jung und Alt, Menschen aus Groß- und Kleinstädten, aus praktisch allen Teilen des Landes.

Und gleichzeitig war es ein Marsch von Menschen, die wütend über die schamlose und unfähige Herrschaft der PiS waren. Jedenfalls haben die Politiker der PiS in den letzten Tagen viel getan, um die Beteiligung an dem Marsch zu erhöhen. Vor einer Woche unterzeichnete Präsident Andrzej Duda ein Gesetz zur Schaffung eines bolschewistischen Tribunals, mit dem Oppositionspolitiker unter dem Vorwand der Bekämpfung des russischen Einflusses kurz vor den Wahlen aus dem öffentlichen Leben entfernt werden können. Unter dem Vorwand, den russischen Einfluss zu bekämpfen, ist er einige Tage später auf heftigen Druck des Westens von dieser Entscheidung wieder abgerückt und hat einen Rückzieher gemacht. In den letzten Tagen hat die Regierungspropaganda hart daran gearbeitet, die Polen von dem Sonntagsmarsch abzuschrecken. Erfolglos.

Botschaft an Kaczyński

Vom Königsweg und den angrenzenden Warschauer Straßen aus haben die Polen Jaroslaw Kaczynski eine Botschaft übermittelt, die er nicht ignorieren kann. Eine Botschaft, die besagt, dass die polnische Gesellschaft aufgewacht und gereift ist. Sie lässt sich nicht durch Parteibotschaften oder seine Versprechen abstupfen. Sie hat keine Angst vor Polizeiknüppeln und Gas oder vor Staatsanwälten, die von den Behörden manuell kontrolliert werden. Er will einen Staat, der die Regeln der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit respektiert, der seinen Bürgern Respekt und Freiheit gewährt. Er ist effizient, modern und europäisch.

Der Marsch am 4. Juni ist auch ein Signal an die Politiker der demokratischen Opposition. Seht, welche Kraft in unserer Gemeinschaft steckt. Wir müssen diesen Weg nur gemeinsam gehen. Wenn wir uns spalten lassen, wird uns die Geschichte nicht verzeihen.

„Wir holen uns den Sieg“, sagte Donald Tusk, Vorsitzender der Bürgerplattform, während des Marsches. Wenn wir uns die enorme Mobilisierung der Polen ansehen, ist dieses Ziel zum Greifen nahe.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,82983,29836907,jaroslaw-kurski-po-marszu-4-czerwca-po-zwyciestwo.html#S.MT-K.C-B.1-L.1.duzy>

Toruń und Göttingen: gute Zusammenarbeit in schwierigen Zeiten



© Volkmars Heinz/ZB/picture alliance

Quelle: [dw.com/pl](https://www.dw.com/pl)

Von **Jacek Lepiarz**

Die Beziehungen zwischen der polnischen und der deutschen Regierung sind von Spannungen geprägt. Trotz der Streitigkeiten an den Spitzen der Macht dehnen die Zivilgesellschaften in beiden Ländern ihre Kontakte aus. Toruń und Göttingen sind Beispiele für eine erfolgreiche Zusammenarbeit über Grenzen hinweg.

Von Freitag, 2. Juni, bis Sonntag findet in Toruń das dreitägige 4. Toruń-Göttingen-Seminar statt. In diesem Jahr war es den Auswirkungen des russischen Krieges in der Ukraine auf die Europäische Union und vor allem auf Polen und Deutschland und ihre gegenseitigen Beziehungen gewidmet.

Gastgeber der Tagung war die Deutsch-Polnische Gesellschaft in Toruń. „Die Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland, zwei großen Ländern im Herzen Europas, ist entscheidend für die Zukunft unseres Kontinents. Beide haben ein enormes Potenzial - politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich. Für dieses Potenzial lohnt es sich, Kompromisse zu schließen und einander zuzuhören“, sagte Aleksandra Burdziej, Vorsitzende der Gesellschaft in Toruń, bei der Eröffnung der Sitzung am Freitag. „Auf der Ebene der Zivilgesellschaft und der Nichtregierungsorganisationen wollen wir gute und dauerhafte Beziehungen zwischen Polen und Deutschen aufbauen und auf diese Weise eine gute deutsch-polnische Nachbarschaft schaffen“, betonte Burdziej. „Lassen Sie uns über politische Grenzen hinweg diskutieren und handeln, wie es Toruń und Göttingen seit Jahrzehnten tun“, appellierte sie.

Welche Union?

Der Vorsitzende der Deutsch-Polnischen Gesellschaft in Göttingen, die das Treffen mitorganisiert hat, Harm Adam, machte keinen Hehl daraus, dass er eine andere Auffassung von der Zukunft der EU hat als die polnische Regierung. „Aus der Sicht eines europäischen Föderalisten wie mir ist eine tiefere Integration (der EU) in der Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik unverzichtbar und sogar notwendig, wenn die Union überleben will“, betonte Adam.

Dietmar Nietan, Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-polnische zwischengesellschaftliche und grenznahe Zusammenarbeit, ließ keinen Zweifel daran, dass Berlin die Idee der Mehrheitsentscheidung in

der EU in Fragen der EU-Außen- und Sicherheitspolitik durchsetzen will.

Die Ukraine in der EU

„Die EU wird nur dann in der Lage sein, neue Mitgliedstaaten aufzunehmen, wenn sie ihre Handlungsfähigkeit bewahrt. Eine Reform der EU in diese Richtung wird dazu beitragen, Einstimmigkeit über die Aufnahme der Ukraine zu erzielen. Wir müssen der Ukraine den Beitritt zur EU ermöglichen und die Union handlungsfähiger machen, als sie es jetzt ist. Das ist miteinander verknüpft“, erklärte Nietan. „Wer sowohl in Deutschland als auch in Polen ein echter Patriot sei, der kämpfe für ein starkes Europa, denn die erfolgreiche Zukunft beider Länder hänge von einer starken Union ab“, so der deutsche SPD-Politiker weiter.

Seiner Ansicht nach streuen die politischen Kräfte, die vor einem europäischen Superstaat warnen, „Sand in die Augen der Bürger“, da die Schaffung eines solchen Gebildes die Zustimmung aller 27 Länder erfordern würde, was unerreichbar ist. „Das ist Unsinn“, betonte Nietan und fügte hinzu, dass man keine Angst vor einer qualifizierten Mehrheit haben müsse.

Einwände der polnischen Regierung

Der stellvertretende Botschafter der Republik Polen in Berlin, Paweł Gronow, räumte ein, dass die polnische Regierung der Methode der qualifizierten Mehrheit skeptisch gegenüberstehe. „Wir glauben, dass die Einstimmigkeit, das zwischenstaatliche Entscheidungsregime, die richtige Form ist, angemessener als die qualifizierte Mehrheit, da sie es ermöglicht, alle Mitgliedsstaaten zu berücksichtigen“, erklärte der polnische Diplomat. Gronow wies darauf hin, dass alle EU-Staaten zu einer „loyalen, konstruktiven Zusammenarbeit“ verpflichtet seien und einen Konsens anstrebten.

„Das ist eine sehr zutreffende Bemerkung. Es gibt diesen Eintrag über eine loyale Zusammenarbeit“, stimmte der ehemalige Vertreter der Europäischen Kommission in Polen Marek Prawda zu. „In einer normalen Welt ist die Anforderung der loyalen Zusammenarbeit unter ehrenhaften Menschen stark ausgeprägt. Aber was ist, wenn in der Union Menschen auftauchen, die es mit der Ehre nicht so genau nehmen? Dann werden Mehrheitsentscheidungen notwendig. Die Union tut dies aus Verzweiflung“, erklärte Prawda. „Ich bin für eine Union der engeren Zusammenarbeit“, fügte er hinzu.

Er wies darauf hin, dass ein Teil der polnischen Elite möchte, dass die Ukraine einer Europäischen Union beitrete, die sich nicht in die Rechtsstaatlichkeit einmischt. „Dies steht im Gegensatz zu dem, was die ganze Welt will. Die ganze Welt will, dass sich die Union einmischt, dass sie die Ausgabe von Geldern kontrolliert.“

Was stört die polnisch-deutschen Beziehungen?

Die Diskussion über die Ursachen der Spannungen zwischen Polen und Deutschland verlief sehr emotional. „Die Deutschen haben in Polen beispiellose Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen“, betonte Nietan. Er erinnerte daran, dass die Polen die Bedrohung durch Wladimir Putins Russland frühzeitig erkannt hätten, während die Deutschen Naivität und Ignoranz an den Tag legten. „Für mich ist der Prozess der Wiedergutmachung für diejenigen in Polen, denen wir Unrecht getan haben, noch nicht abgeschlossen“, betonte er. „Das ist meine persönliche Meinung“, erklärte er.

Der SPD-Politiker bezeichnete es als „Tragödie“, dass die PiS „sachlich berechtigte Kritik an Deutschland“ für einen „Kulturkampf“ im eigenen Land (Polen) nutze. „Jeder, der im Verdacht steht, mit Deutschland befreundet zu sein, gilt als Verräter an den polnischen Interessen. Aus diesem Grund sind antideutsche Parolen auf dem Vormarsch“, erklärte er. Der Grund dafür ist seiner Meinung nach der Vorrang der Ideologie vor der Politik.

Marek Prawda zufolge bestehen die polnisch-deutschen Spannungen, weil „jemand diese Spannungen unbedingt will. Es gibt eine Eskalation der Streitigkeiten zu politischen Zwecken. Es geht nicht darum, Streitigkeiten zu lösen, sondern darum, sie nicht zu lösen, um der eigenen Wählerschaft zu gefallen“, erklärte er. Er rief dazu auf, „das antideutsche Gekreische“ nicht mit Kritik zu verwechseln.

Darf man über einen „Kulturkampf“ sprechen?

Der stellvertretende Botschafter der Republik Polen protestierte gegen die Verwendung des Begriffs „Kulturkampf“, der in der polnischen Sprache eine äußerst negative Konnotation habe, die mit der Bismarckschen Politik gegenüber den Polen zusammenhänge. Seiner Ansicht nach hätten die Deutschen „es verdient, kritisiert zu werden“. Als Gründe nannte er die verfehlte Russlandpolitik, die Verweigerung des Dialogs über Reparationen und das ungelöste Problem des polnischen Sprachunterrichts in Deutschland. Gronow wies darauf hin, dass seit 2018 keine deutsch-polnischen Regierungskonsultationen mehr stattgefunden haben, obwohl sie laut Vertrag von 1991 jährlich hätten stattfinden müssen.

Die Diskussion über Europa wurde am Samstag fortgesetzt. „Die europäische Integration war ein Friedensprojekt nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Ziel, Demokratie und Wohlstand zu schaffen. Jetzt wolle die EU ein globaler Akteur sein, der mit den USA und China konkurriere“, sagte Anna Kwiatkowska vom Zentrum für Oststudien. Ihrer Meinung nach wird das neue Ziel von den Menschen in der Union nicht verstanden. „Das ist schwieriger, der Öffentlichkeit zu erklären als ein Friedensprojekt“, betonte sie. Andere Diskussionsteilnehmer - Anja Hennig von der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) und Anna Wójtowicz von der Warsaw School of Economics - wiesen auf die hohe Akzeptanz der EU-Mitgliedschaft in beiden Ländern hin. Sie sprachen auch über die polnisch-deutschen Auseinandersetzungen um die Zukunft der Oder und die unterschiedliche Bewertung der Kernenergie.

An dem Treffen in Toruń nahmen 27 Göttinger Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit der Bürgermeisterin der Stadt, Onyeka Oshionwu, teil. Toruń und Göttingen arbeiten seit Ende der 1970er Jahre zusammen, und 1978 unterzeichneten Vertreter beider Städte eine Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit. Ein Jahr später wurde die Deutsch-Polnische Gesellschaft in Göttingen gegründet. Seit 2019 werden Seminare organisiert, die wichtige politische, kulturelle und gesellschaftliche Themen berühren.

Zsfg.: AV

<https://www.dw.com/pl/toru%C5%84-i-getynga-dobra-wsp%C3%B3%C5%82praca-w-trudnych-czasach/a-65818889>

Wie wäre es, wenn wir einfach noch weitergehen und Föten des Muttermordes bezichtigen?



Quelle: krytykapolityczna.pl

Ein Kommentar von **Katarzyna Przyborska**

„Ich habe den Verdacht, dass der Fötus mich umbringen will“, könnte eine Frau sagen. Die zuständige Staatsanwaltschaft würde eine Untersuchung einleiten, pränatale Untersuchungen würden wieder durchgeführt, Ärzte würden sich für den Zustand des Organismus interessieren, in dem der Fötus lebt.

Die Rechte des Fötus stehen über den Rechten der Frau, das Recht zu sterben über dem Recht auf Leben. „Halten Sie die Beine hoch, dann wird das Fruchtwasser zurückfließen“, sagte das Krankenhauspersonal zu Dorota, einer 33-jährigen Frau, die mit Fruchtwasserfluss in der 20. Schwangerschaftswoche ins Krankenhaus in Nowy Targ kam. Es ist geflossen. Es ist geflossen, es ist abgeflossen und es stellte sich heraus, dass sie kein Fruchtwasser mehr hatte und zunehmende Infektionsindikatoren im Körper und es sich schließlich um den Tod des Fötus handelte. Ein Kreis von Ärzten stand dabei und sah zu, wie die Frau starb, während der tote Fötus seine Mutter tötete.

Im Krankenhaus Johannes Paul II.

Der Tod Dorotas ist ironischerweise schon seit dem Muttertag bekannt, aber erst jetzt hat sich die Familie entschlossen, Einzelheiten über die Tragödie zu veröffentlichen.

Das *Abortion Dream Team* schreibt: „Am 24. Mai starb Dorota. Sie war im fünften Monat schwanger. Sie wurde mit einem Fruchtwasserverlust auf die Station gebracht. Anstatt Dorota zu behandeln und sie vor

einer Sepsis zu bewahren, sagten ihr die Krankenschwestern, sie solle sich mit hochgelegten Beinen hinlegen, da dies zur Wiederherstellung des fötalen Wassers beitragen würde. Dorota klagte über Kopfschmerzen, und die Anzeichen für eine Entzündung nahmen zu.

Sie begann zu erbrechen. Als der Fötus um 5.20 Uhr für tot erklärt wurde, riefen die Ärzte des Johannes-Paul-II-Krankenhauses, anstatt Dorotas Leben sofort zu retten, den Provinzarzt an, um eine Rückendeckung zu erhalten. Dorota wurde erst nach Rücksprache mit Prof. Hubert Huras, dem Provinzarzt für Gynäkologie und Geburtshilfe, am 24. Mai 2023 um 7.30 Uhr für eine Operation zugelassen. Dorota starb um 9.39 Uhr“.

Es stellte sich heraus, dass die Ärzte der Familie nicht gesagt hatten, dass eine Fruchtwasserminderung in der 20. Woche nur geringe Chancen auf eine Aufrechterhaltung der Schwangerschaft hat und das Leben der Frau in Gefahr war.

Wir verdächtigen die Frauen? Aber was ist mit den Föten?

Denn Föten können töten. Sie zersetzen sich im Körper - ich weiß, das ist eklig, aber sie tun es - und vergiften den Körper. In kürzester Zeit entwickelt sich eine Sepsis, der Mensch stirbt mit Fieber und Schmerzen.

Aber Föten können auch zu Depressionen führen, und wenn sie ohne ihre Zustimmung in den Körper einer Frau gelangen, auch zu Traumata. Sie sterilisieren den Körper, verursachen Hohlräume, Dehnungsstreifen und Erstarrung. Und wenn der Körper einen Fötus abtreiben will, der sich schlecht entwickelt und das Leben der Frau bedroht, wird sie aufgefordert, sich mit hochgelegten Beinen hinzulegen.

Vielleicht ist es an der Zeit, sich zu wehren? Diese Idee von Föten, die gegen Frauen kämpfen, weiter auszuführen? Ihren Schrecken und ihre Absurdität sichtbar zu machen? Da Föten so viele Rechte haben, könnten sie auch eine gewisse Verantwortung haben. Strafrechtliche Verantwortung, zum Beispiel.

„Ich habe den Verdacht, dass der Fötus mich umbringen will“, könnte eine Frau sagen. Die zuständige Staatsanwaltschaft würde eine Untersuchung einleiten, pränatale Untersuchungen würden wieder durchgeführt, Ärzte würden sich für den Zustand des Organismus interessieren, in dem der Fötus lebt. Wurde der Fötus eingeladen? Hat die Frau aktiv und enthusiastisch zugestimmt, von dem Fötus bewohnt zu werden? Es könnte auch ein Ausschuss gebildet werden, der den angeblichen Plänen des Fötus zur Ermordung der Mutter nachgeht.

Seltsam? Ekelhaft? Schrecklich? Makaber? Und was ist das Urteil des Verfassungsgerichts und der Sonderkammer der Staatsanwaltschaft anderes, als ein Ausdruck des Verdachts, dass eine Frau ihren Fötus töten will? Wir alle sind verdächtig, jeder Mensch mit einer Gebärmutter ist automatisch verdächtig, den Fötus nicht einleben zu lassen, ihn loswerden zu wollen. Frauen, die Mütter werden wollen, die ein Kind zur Welt bringen, es versorgen, nähren, aufziehen und lieben wollen, sind die Opfer von Fötusverteidigern.

Die Perversität des Verfassungsurteils - eine epochale Errungenschaft der Zivilisation des Todes - besteht darin, dass es einen Keil zwischen Mütter und Kinder treibt. Anstatt die Frauen in ihrer Mutterschaft zu unterstützen, zwingt es sie, ihr Leben zu opfern und eine gescheiterte Schwangerschaft mit dem Tod zu bestrafen.

Und wir bestreiten, wir beschwichtigen, wir überzeugen, dass wir doch nicht so schrecklich sind, dass viele von uns, die für das Recht auf Abtreibung sind, Mütter sind, Mütter werden wollen. Und wir müssen nicht getötet werden.

Zsfg.: AV

<https://krytykapolityczna.pl/kraj/dorota-z-nowego-targu-kolejna-ofiara-prawa-aborcyjnego/>

Donald Tusk: Ich denke bei diesem Spiel nicht an Vergeltung. Für mich wird das Wort „Politik“ zum Synonym für das Wort „Sorge“



Quelle: wyborcza.pl

Am Tag nach der Wahl wird es Zivilcourage brauchen, um den Sieg in sofortiges Handeln umzusetzen

Mit Donald Tusk spricht Bartosz T. Wieliński [am 2. Juni]

Bartosz T. Wieliński: Die PiS hat die Einrichtung einer so genannten Kommission zur Untersuchung der russischen Einflussnahme durchgesetzt. Sie werden das erste Ziel sein. Acht Jahre lang haben die Machthaber Beweise über Sie gesammelt, die politisierten Geheimdienste haben Ihre Kollegen mit Pegasus abgehört. Einige Wochen vor den Wahlen wird die Kommission ihre Arbeit abschließen und TVP wird ihren Bericht verbreiten, der Ihr politisches Ende bedeuten dürfte. Wie gedenken Sie sich zu verteidigen?

Donald Tusk: Die Entscheidung, diese Kommission einzurichten, und die Unterschrift von Präsident Andrzej Duda unter einem Gesetz, das gegen die Verfassung verstößt, werden eher das Ende der politischen Karriere ihrer Verfasser bedeuten. Es ist lange her, dass ich eine solche Entschlossenheit gespürt habe, und die polnische Politik hat in den letzten Jahren selten so echte Emotionen in den Menschen geweckt. Der PiS und Duda ist es gelungen, diese Emotionen gerade durch die Einsetzung dieser Kommission zu wecken. Diese Emotionen sind von großer Bedeutung, denn es wurde eine bestimmte Grenze überschritten. Es ist nicht das erste Mal in der polnischen Geschichte, dass die Menschen spontan auf offensichtliche politische Schandtaten reagieren, und sie werden durch Themen

ausgelöst, die wichtiger sind als ihre politischen Ansichten oder die Programme der Parteien, die sie unterstützen.

Was die PiS getan hat, hat das Gefühl der Würde der Polen getroffen und sie gedemütigt.

Trotz der Beteiligung von Kaczynski, Duda und allen PiS-Führern verurteilt die öffentliche Meinung – wieselten – diese Initiative unmissverständlich. Meiner Meinung nach hat sich die PiS eindeutig selbst ins Bein geschossen und Kaczynski wird zweifellos einen politischen Preis dafür zahlen.

Sie werden verschiedene Methoden anwenden, um ihre Hauptgegner zu diskreditieren. Und dazu brauchen sie keine Kommission, das machen sie ja sowieso ständig. Ich kann mir kaum vorstellen, was man auf *TVP Info* noch über mich sagen kann, abgesehen von den ständigen Verleumdungen, die sie über mich ausschütten, sie nennen mich dort jeden Tag auf eine oder andere beleidigende Weise.

Sie sagen, Sie seien ein Verräter, ein russischer Agent und ein Deutscher....

In gewisser Weise hat die PiS einen bedeutenden Teil der polnischen öffentlichen Meinung gegenüber dieser aufdringlichen Propaganda desensibilisiert oder immunisiert. Aber sie hat einen Teil betoniert, und das sind sicherlich ihre Wähler für eine Weile. Andererseits führt diese Hexenjagd, diese Kampagne oder der Versuch, mich mit juristischen und administrativen Methoden von der politischen Bühne zu entfernen, mit Sicherheit dazu, dass sich die Wählerschaft der PiS eher verkleinert als vergrößert.

Ich erhalte viele Unterstützungszusagen, sei es von der US-Regierung, die eine sehr deutlich kritische Erklärung abgegeben hat, sei es von Timothy Snyder oder von einfachen Menschen, die ich treffe. Kürzlich, als ich mit meinen Enkeln im Zoo von Oliva war, wurde ich von einem so kräftigen Mann angesprochen, der wie ein Sport-Kämpfer aussah, und er gab mir eine kurze Botschaft, die sich in ihrer Bedeutung nicht von der der US-Regierung unterschied. Er sagte zu mir: „Lassen Sie sich von diesen Hurensöhnen nicht unterkriegen“

Hat er sich so deutlich ausgedrückt?

Wort für Wort. Mit der Einsetzung dieser Kommission durch die PiS werden die bisherigen politischen Achsen verbogen. Ich treffe heute auf meiner Straße Menschen, die gestern noch gar nicht wählen wollten, die die Plattform nicht unterstützt haben, heute sind sie wütend und fühlen sich betroffen, als ginge es in dieser Kommission um sie und nicht um mich.

Warum hat sich Kaczynski zu diesem Schritt entschlossen?

Wie ich ihn kenne, ist dies typisch für seine Besessenheit. Er ist diese Art von Skorpion, der sich in seiner Wut manchmal selbst sticht.

Ich muss zugeben, dass ich naiverweise gehofft habe, der Präsident würde sein Veto gegen das Kommissionsgesetz einlegen oder es vorsorglich an das Verfassungsgericht schicken....

Sie meinen es nicht ernst

Da er eine internationale diplomatische Karriere plant und von den Vereinigten Staaten unter Druck gesetzt wurde, und in der Ukraine ein Krieg herrscht....

Ich mache mir keine Illusionen. Wir haben immer wieder Gerüchte gehört, dass Duda bereit ist, verschiedenen Vorschlägen oder Befehlen unserer westlichen Verbündeten zu folgen, in der Hoffnung, dass ihm dies die Aussicht auf eine weitere politische oder finanzielle Karriere nach Beendigung seiner Amtszeit eröffnet. Allein die Tatsache, dass wir in den letzten Monaten so oft Kommentare zu diesem Thema gelesen haben, ist beschämend. Wir sind eine große Nation und ein großes Land, das sich an einem besonders wichtigen Ort in der Welt befindet. Wir haben so viele Gründe für unseren Nationalstolz, und doch analysieren so viele in Polen, ob Präsident Duda Entscheidungen in der Hoffnung auf eine Belohnung, eine Auszahlung, trifft.

Ich habe den Eindruck, dass in seinem Fall die Angst vor Kaczynski genauso groß ist. Ich möchte nicht zu den Gründen für eine solche pathologische Abhängigkeit von Kaczyński vordringen oder darüber spekulieren, aber es ist offensichtlich. In diesem Fall erwies sich die Angst vor dem Präsidenten als größere Motivation als die Hoffnung auf materielle Sicherheit, die ihm einige Leute im Westen geben könnten.

Duda sagt, die Öffentlichkeit solle sich eine Meinung über die Mechanismen der Machtausübung bilden. Es hörte sich so an, als hätte Kaczynski ihm einige Belege gezeigt. Ich frage mich, was die PiS wohl gegen Sie in der Hand hat.

Letztlich ist es egal.

Aktivisten der PiS wiederholen, dass „die Ehrlichen nichts zu befürchten haben“. Und für mich ist dies eine Ankündigung, dass sie zu jedem Unfug, jeder Lüge, jeder Manipulation, zum Abhören, zum Aufzeichnen und zu tiefgreifenden Fälschungen mittels künstlicher Intelligenz bereit sind. Ich werde mich gegen diese Schläge wehren, sie werden nichts davon haben.

Vor dem Ausschuss können sie jeden kriechen lassen: Politiker, Wissenschaftler, Künstler oder Experten. Der stellvertretende Leiter des Verteidigungsministeriums Wojciech Skurkiewicz kündigte an, dass auch Journalisten vorgeladen werden sollen.

Diese Kommission ist ein Instrument, das für Feiglinge konstruiert wurde, die das öffentliche Leben nicht nur mit Lügen, sondern auch mit Abhörmaterial und Voyeurismus beflecken wollen. Um Menschen auf rechtswidrige, verfassungswidrige Weise aus dem öffentlichen Leben zu entfernen. Und gleichzeitig wird sie Straffreiheit denen garantieren, die bei ihrer Arbeit geheimes Material preisgeben.

Mitten in Europa ist ein Instrument geschaffen worden, dessen undemokratischer Charakter Putin in den Schatten stellen würde. Denn nicht einmal Putin hat so etwas erfunden.

[...]

Es gibt in den anderen Parteien Empörung, dass Sie sich mit den Ellenbogen drängeln, dass Sie sie dominieren wollen.

Es geht doch darum, möglichst viele Menschen auf die Straße zu bringen! Im Oktober 2021 habe ich die Polen aufgefordert, sich auf dem Schlossplatz zu versammeln, als die Gefahr eines Postlexits bestand. Innerhalb von 24 Stunden rief ich zu einer Demonstration auf, zu der Zehntausende von Menschen kamen. Sie war von großer Bedeutung. Kaczynski und Duda sahen, dass es möglich war, die Polen sofort zu mobilisieren und dass der Polexit nicht passieren würde. Es hat sich gelohnt, auch wenn ich Dutzende von Beschwerden darüber gehört habe, dass ich niemanden zu dieser Kundgebung konsultiert hatte. Aber wenn wir anfangen, uns über so offensichtliche Dinge zu beraten, wie auf die Straße zu gehen, wenn etwas Schlimmes passiert, werden wir zwei Monate nach den Wahlen zu einer Einigung kommen.

Wir müssen diese Schlacht gewinnen und dürfen uns nicht fragen, ob dieser oder jener Führer mehr oder weniger wichtig ist. Ich habe mich mit einigen nicht ganz einfachen Themen befasst. Ich habe zu der Demonstration aufgerufen, ich habe die Organisation und die Finanzierung übernommen. Das ist ein riesiges Unterfangen, und mir wäre es lieber, wenn wir uns alle gegenseitig dabei helfen würden, anstatt darüber zu jammern, welches Recht Tusk hatte, etwas zu tun. Ich möchte, dass die Menschen am 4. Juni auf der Straße diese Macht mit erhobenen Fäusten zeigen - ob es jemandem gefällt oder nicht.

Die gemeinsame Oppositionsliste wird wahrscheinlich sowieso nicht zustande kommen ...

Ich hatte mir geschworen, dass ich mich zu diesem Thema nicht mehr äußern würde. Je offensichtlicher es mir erschien, dass eine gemeinsame Opposition die Chancen auf einen Wahlsieg erhöht, desto mehr Prügel bekam ich von denen, die eine andere Meinung zu diesem Thema haben. Alle Argumente sind inzwischen widerlegt. Ich werde mich nicht mehr dazu bewegen lassen, über dieses Thema zu diskutieren.

In ganz Polen hat es bereits sehr große Demonstrationen gegeben, zur Verteidigung der von der PiS zerstörten Justiz, zur Verteidigung der Rechte der Frauen. Die Emotionen haben sich nach einer Weile gelegt, wie können Sie sicher sein, dass es jetzt anders sein wird?

Ich bin nicht damit einverstanden, die großen Anstrengungen der Menschen zu ignorieren, die auf die Straße gegangen sind, auch wenn sie sich bewusst waren, dass sie auf diese Weise keinen Machtwechsel in Polen herbeiführen würden. Wir wissen, was die Worte ‚Demonstration‘ oder ‚Kundgebung‘ semantisch bedeuten. Es geht darum, uns und den Behörden zu zeigen, wie viele wir sind, welche Ansichten wir haben, womit wir einverstanden sind und womit nicht. Das hat eine Wirkung.

[...]

Aber Polen war unter der PiS ohnehin dabei, autoritär zu werden.

Wir befinden uns auf halbem Weg zum vollständigen Autoritarismus. Die Tatsache, dass das PiS-System immer noch eine sehr unbeholfene und unvollständige Form annimmt, ist gerade auf das Ausmaß des sozialen Widerstands zurückzuführen. Natürlich kann man sich darüber beschweren, dass die Demonstrationen zu selten waren, dass sie energischer hätten sein können. Aber überlegen wir doch einmal, wie viele Dinge gestoppt worden sind.

[...]

Ihnen ist klar, dass die anstehenden Wahlen ohnehin ungerecht sein werden. Es wird keinen gleichberechtigten Zugang zu den Medien geben, die PiS wird jede Institution des Staates für ihren Wahlkampf nutzen.

Meine Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass die Menschen nicht in politischen Fatalismus verfallen, und ich sehe bei einigen Menschen eine solche unbewusste Demobilisierungskampagne. Die Wahlen werden nicht fair sein, so wie die vorangegangenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen nicht fair waren, weil die gesamte Politik der PiS unehrlich ist. Diese unehrlichen Wahlen finden in Polen praktisch jeden Tag statt, weil in den öffentlichen Medien eine ständige Kampagne des Hasses und der Verachtung geführt wird, die sich unter anderem gegen mich richtet. Die demokratischen Regeln wurden wiederholt verletzt.

[...]

Aber das ist kein Grund zu sagen, dass nichts getan werden kann. Die Ängste sind berechtigt, aber das sollte uns nicht demobilisieren, sondern mobilisieren. Wir müssen diese Wahlen gewinnen.

Und Sie gehen davon aus, dass die PiS die Wahlergebnisse tatsächlich fälschen wird?

Das halte ich für unwahrscheinlich. Aber wir werden so viel Demokratie, so viel Freiheit, so viel Wahrheit im öffentlichen Leben haben, wie wir für uns gewinnen. Wenn die Stimmzettel nicht ausreichen, weil sie Schweinereien treiben wollen, dann muss dem angemessen begegnet werden. Die Menschen werden sich dem stellen müssen. Man muss kämpfen und darf nicht aufgeben, auch wenn die Umstände schlecht sind.

[...]

Nehmen wir an, Sie gewinnen die Wahlen und werden Premierminister. Andrzej Duda bleibt Präsident und legt sein Veto gegen Gesetze ein oder schickt sie an das Verfassungsgericht zurück, wo Julia Przyłębska sie auf dem Fließband für verfassungswidrig erklären wird.

[...]

Ich habe schon einmal gesagt, dass der Mut von Präsident Duda nicht gerade seine bestechende Eigenschaft ist. Ich würde also nicht viel riskieren, wenn ich davon ausgehe, dass er bei seinen Entscheidungen berücksichtigt, wer die Wahlen gewonnen hat und wer an der Macht ist. Nicht weil er ein Demokrat ist, sondern wegen seines Charakters.

Es ist ein Irrtum anzunehmen, dass die Opposition nach einem Wahlsieg in Verfahrensstreitigkeiten verwickelt sein wird. Sie wird überraschend handeln müssen. Wir haben es mit einem skrupellosen Gegner zu tun, der nicht schlecht vorbereitet ist, der über Instrumente und eine unvergleichlich größere finanzielle

Basis verfügt als wir. Vor der Wahl müssen wir also in der Lage sein, ihn zu überraschen, wir müssen kämpferisch sein, wir müssen in der Lage sein, unsere Taktik notfalls über Nacht zu ändern, und vor allem müssen wir vom Siegeswillen gepackt sein. Und genau diese Qualitäten werden auch nach der Wahl gefragt sein. Wenn Sie mich fragen, was wir im Falle eines Wahlsiegs tun sollen, kann ich Ihnen heute sagen, dass ich auf die meisten dieser Fragen eine Antwort habe. Aber ich werde sie im Moment nicht verraten.

Ich frage, weil sich die PiS gerade auf ein solches Szenario vorbereitet. Minister Czarnek verschenkt ja teure Immobilien an die Seinen, Minister Ziobro hat das Gesetz über die Staatsanwaltschaft geändert, um dort seinen Einfluss zu behalten. Die PiS überlegt sich ein Überleben für die Zeit, in der sie in der Opposition ist.

Diese schamlosen Aktionen wirken panisch. Sie sind überhaupt nicht gut vorbereitet. Es ist meiner Meinung nach eine Bestätigung dessen, wovon ich die Polen überzeuge: Sie wissen bereits, dass sie die Wahlen verlieren werden.

[...]

Wird es Rache für die Verletzung der Demokratie durch die PiS geben?

Ich verspüre überhaupt nicht das Bedürfnis nach Rache. Außerdem ist Rache eine langweilige Beschäftigung, es ist die Leidenschaft von Menschen, die schwach sind und nicht an ihre eigene Wirkungskraft glauben, dass etwas Gutes getan werden kann. Ich bin der letzte Mensch, von dem man sagen könnte, dass er von Abrechnungen besessen ist. Im Gegenteil, man hat mir vorgeworfen, ich sei zu weich, hielte mich zu strikt an die Verfassung und bemühe mich zu sehr um eine Einigung, als ich zum ersten Mal Premierminister wurde. Unabhängig davon, was sie mir antun und was sie mir antun werden, werde ich sicherlich niemanden zu Vergeltungsmaßnahmen auffordern.

Andererseits gibt es einen diskreten, aber dennoch sehr deutlichen Unterschied zwischen Vergeltung und Rechenschaftspflicht, der Aufdeckung der Wahrheit und der Wiedergutmachung von Unrecht. Und es gibt viel Unrecht. Jeder, der ausnahmslos gegen das Gesetz und ethische Normen verstoßen hat, wird strafrechtlich und politisch zur Rechenschaft gezogen. Dafür sind jedoch unabhängige Gerichte und unabhängige Staatsanwälte zuständig, nicht die Politiker. Ich werde meine Kommission nicht einsetzen, in der fünf meiner Abgeordneten dafür stimmen werden, dass Kaczyński schuldig ist.

Ich werde auch versuchen, mich zu versöhnen. Aber nicht mit Kaczyński, sondern mit den Wählern der PiS.

[...]

Donald Tusk, Vorsitzender der Bürgerplattform, Präsident des Ministerrats (2007-14), Präsident des Europäischen Rates (2014-19), Vorsitzender der Europäischen Volkspartei (2019-22), ehemaliger stellvertretender Sprecher des Sejm und des Senats, Oppositioneller während der kommunistischen Ära.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/magazyn/7,124059,29818076,donald-tusk-nie-mysle-o-tej-rozgrywce-w-kategoriach-odwetu.html#S.MT-K.C-B.1-L.1.duzy>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: [linkedin.com](https://www.linkedin.com)

"Zum Nachdenken: in einer Demokratie ist Platz für Konservative, Liberale und Linke, weil wir unterschiedlich sind und weil es Meinungsfreiheit gibt. Freiheit ist Verantwortung. Nur in einer Diktatur muss man dem Führer gefallen und ihn fürchten, denn er gibt das Essen."

Urszula Ptak - polnische Publizistin, schreibt über Geschichte und aktuelle Politik. 2019 hat sie den Deutsch-Polnischen Tadeusz-Mazowiecki-Journalistenpreis bekommen.

Quelle:

<https://www.facebook.com/100001261182740/posts/pfbid0P7wjtBRS2t4gnjBUYmP3ngagP89CsWijCbnZSQi6utTZ4WTLs2VpZPdKxjclpAGAI/>

mdr.de

Polen hält an Braunkohle-Tagebau in Turów fest

<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/bautzen/goerlitz-weisswasser-zittau/turow-tagebau-polen-energie-braunkohle-klagen-100.html>

zdf.de

Wie demokratisch ist Polen noch?

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/polen-rechtsstaatlichkeit-tusk-justizreform-100.html>

zeit.de

Bundesumweltministerin kritisiert Polen für Verschmutzung der Oder

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-06/oder-konferenz-lemke-kritik-polen>

faz.net

Polens Justizreform von 2019 verstößt gegen EU-Recht

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/eugh-polens-justizreform-von-2019-verstoest-gegen-eu-recht-18943055.html>

tagesschau.de

Hunderttausende protestieren gegen polnische Regierung

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/polen-protest-pis-100.html>

DEKODER auf Deutsch

<https://dekoder.com.pl/deutsch-artikel/>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik